

Unterredung mit General S t a p f, wohnhaft München, Sternwartstr. 9
am 17. Sept. 1951.

Stapf war in den Jahren 1920/21 Adjutant bei General Mähl, später
Generalstabler.

Die politische Verwendung Hitlers ging von "Trotzki-Hofmann" aus,
dem Kommandeur des Passauer Bataillons. In München war Oberst Herrgott
Chef des Infant. Reg 41, in dem Hitler Verwendung für Nachrichtendienst
und politische Truppenbetreuung fand. Beim Freikorps Epp waren
Ernst Röhm und Major Hühlein. Epp war ein tapferer Offizier, aber
dumm. General Mähl war ein kluger und in politischen Angelegenheiten
vorsichtiger Mann. Die Beteiligung am Kapp-Putsch lehnte er ab.
Stapf sah die Verleihungsurkunde des Eisernen Kreuzes I an Hitler,
er erinnert sich gut, darin gelesen zu haben, dass Hitler das EK I
für hervorragenden Einsatz als Meldegänger erhielt. Das Regiment
hatte, wie das am Schluss des Krieges üblich war, eine Reihe von
Auszeichnungen zur Verteilung erhalten, über deren Verteilung man
sich den Kopf zerbrach. Freiherr von Godin, der die Verleihungsur-
kunde unterzeichnet hatte, war Herrn Stapf bekannt.

Als stellvertretender Leiter der Organisationsabteilung im General-
stab wurde Stapf zusammen mit dem späteren Generaloberst Beck von
Blomberg mit den Verhandlungen mit der SA beauftragt (1933/34). Ver-
treter der Obersten SA-Führung waren O'Gruppenführer Ritter von
Krausser, O'Gruppenführer Jütner und Gruppenführer Graf von der
Schulemburg. Das Abkommen, das die SA eindeutig auf die vormilitärische
Ausbildung beschränkte, wurde von Blomberg, Göring und Röhm unter-
schrieben. (März 1934). Ungefähr um diese Zeit hielt Hitler vor den
versammelten kommandierenden Wehrkreisbefehlshabern und leitenden
Persönlichkeiten des Heeres sowie der SA eine grundsätzliche Anspra-
che über die Aufgabenbereiche von Heer und SA, in der er eindeutig
das Heer als den alleinigen Waffenträger bezeichnete, die SA als
rein politische Truppe und jede Vermengung der beiden Organisationen
scharf ablehnte. Hitler stellte sich in dieser Frage ohne Vorbe-
halt auf Seite der Wehrmacht. In diesem Sinne hatte er bei den Heeres-
skimeistern Blomberg beeinflusst, der bis dahin als schwä-
cher Mann unter dem ^{Reichshaus} Reichshaus bereit war, der SA grössere Konzessio-
nen zu machen. Auf die genannte Unterredung mit Hitler hin vollzog
Blomberg eine scharfe Schwenkung, und liess die Unterhandlungen
mit der SA durch Beck und Stapf im Sinne Hitlers führen, die mit
dem erwähnten Abkommen abgeschlossen wurden. Das hinderte Röhm nicht,
ungefähr ein Monat nach Abschluss des Abkommens, auf einer Tagung der
SA-Führer in Oberhof (Thüringen), dasselbe für einen Fetzen Papier

Unterredung mit General Staff.

zu erklären, an den er sich nicht halte, und sein Ziel, den grauen Fels der Wehrmacht in der braunen Flut versinken zu lassen, weiter zu verfolgen. Er wollte Reichskriegsminister werden. Das wollte auch Göring, der bezeichnender Weise bei der oben genannten Ansprache Hitlers an die leitenden Persönlichkeiten des Heeres und der SA zum ersten Male in der Uniform eines Generals der Infanterie erschienen war, um seinen Gegensatz zu Röhm zu dokumentieren. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Bestrebungen Röhms war der Grenzschutz, den er der SA anvertraut wissen wollte. Dagegen wehrte sich erfolgreich das Heer, vor allem, weil Hitler eindeutig auf der Seite der Militärs stand. Himmler stand bei dem ganzen ehrgeizigen Intrigenspiel lange auf seiten Röhms, und schwenkte im letzten Augenblick um.

Bei der Ehe Blombergs war Göring geraume Zeit vorher darüber im Bilde, dass die Braut Blombergs eine Dirne war, von der ihm, Göring, Akt-aufnahmen bekannt waren. Absichtlich liess Göring aber die Dinge laufen, um nach Blombergs Sturze, der sich durch diesen Heiratskandal unmöglich gemacht hatte, Reichskriegsminister zu werden. Der schwierigste Hemmschuh auf dem Wege zu diesem Ziele war aber Fritsch. Deshalb fädelte Göring das infame Beschuldigungsspiel gegen diesen untadeligen Ehrenmann ein, und brachte ihn zu Fall, obwohl das Ehrengericht die schmachvollen Behauptungen (§ 175) als völlig unhaltbar bezeichnete- man hatte einen Zuchthäusler ausfindig gemacht, der die Behauptung aufstellte, dass er vor einigen Jahren mit einem Herrn Fritsch oder Frisch unsaubere Beziehungen gehabt hätte- und General Fritsch voll rehabilitierte.

Bei der Truppe liess Röhm Stimmung machen für seine Pläne, indem jüngeren Offizieren Versprechungen rascher Beförderung gemacht wurden. Nach Staffs Auffassung bereitete Röhm zweifelsohne eine Art Staats-streich vor, nur waren die Dinge am 30. Juni noch nicht so weit gediehen.

Quay Franz

Dr. Freiherr v. Sieglar

München, den 27. Juni 1952

Niederschrift der Unterredung des Herrn General d. Infanterie Otto S t a p f , geboren am 13. November 1890, wohnhaft in München, Sternwartstr. 9, Büroadresse Kaiserstr. 11/ Tel. 34382, durchgeführt in München am 6. Juni 1952 mit Dr. Frhr. v. Sieglar im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte München.

Zur Person: Ich war in der Organisationsabteilung des Generalstabes d. Heeres von 1931 bis 28. Juni 1934 unter Keitel (bis dieser Herbst 1939 Inführer III in Potsdam wurde) und dann unter v. Sodenstern tätig. Sodann war ich bis 15.9.1935 Kommandeur der motor. Aufklärungsabteilung 7 in München und wurde anschließend Chef der Organisationsabteilung im OKH. Am 1.11.1938 wurde ich Oberquartiermeister III im OKH; (Organisations- u. Heerestechnische Abteilung). Von Kriegsbeginn bis 1. Oktober 1940, war ich Verbindungsgeneral des Heeres beim Oberbefehlshaber der Luftwaffe. (Nachfolger wurde General Rud. Konrad). Am 1. Oktober 1940 wurde ich Kommandeur der III. Division und Januar 1942 Kommandierender des XLIV. Armeekorps. August 1942 wurde ich Chef des Wehrwirtschaftsstabes Ost, bis zu dessen Auflösung im Sommer 1944. Hierauf wurde ich 15.10.1944 Chef des Feldwirtschaftsamtes im OKW und damit zuständig für den Wehrwirtschaftsbereich im OKW bis Kriegsende. Ich bin z.Zt. Vorsitzender des "Deutschen Soldatenbundes Bayern", als Nachfolger von General Koller.

1. Operationsgebiete

Im Osten wurden für die Zivilverwaltung der besetzten sowjetrussischen Gebiete zwei Reichskommissare für Ostland und Ukraine eingesetzt. Das Gebiet dieser Reichskommissare war nach der Front zu durch das Operationsgebiet begrenzt. Dieses Operationsgebiet gliederte sich in das eigentliche Gefechtsgebiet, in das rückwärtige

75-152-11

Armeegebiet und das rückwärtige Heeresgebiet. Im Gefechtsgebiet waren die Bedürfnisse der kämpfenden Truppe praktisch allein ausschlaggebend. Im rückwärtigen Armeegebiet richtete der Kommandeur dieses Gebietes die Militärverwaltung entsprechend den Weisungen seines direkten Vorgesetzten, nämlich das OB. des AOK, ein, wobei bereits Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung und der deutschen Kriegswirtschaft eine Rolle spielten. Noch mehr traten diese Bedürfnisse im rückwärtigen Heeresgebiet in den Vordergrund, dessen Befehlshaber dem OB der Heeresgruppe unterstand. Die rückwärtigen Heeresgebiete führten den Namen der zuständigen Heeresgruppe und waren aufgrund der Erfahrungen in den vorangegangenen Feldzügen schon deshalb getrennt vom rückwärtigen Armeegebiet eingerichtet worden, weil die Verwaltung in diesen Gebieten nach anderen Bedürfnissen eingerichtet werden mußte als im Armeegebiet. Dem Kommandeur des rückwärtigen Armeegebietes standen Feld- und Orts-Kommandanturen zur Verfügung, dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes überdies Oberfeldkommandanturen. Es ist mir erinnerlich, daß an der Südfront der Kampf des Heeres um eine möglichst große Tiefe des Operationsgebietes insofern erfolgreich blieb, als z.B. die Krim und das Gebiet östlich des Dnjepr nie dem Reichskommissariat Ukraine eingegliedert wurde. Der Kampf um ein möglichst tiefes Operationsgebiet wurde vom OKH schon deshalb geführt, weil naturgemäß die dort eingesetzten, den OB's der Heeresgruppen und AOK's unterstellten Militärverwaltungen den Bedürfnissen der Wehrmacht, aber auch der deutschen Kriegswirtschaft mehr Verständnis entgegenbrachten, als zivile Verwaltungsstellen. Die gesamte Militärverwaltung im Operationsgebiet beruhte rechtlich auf der dem OB des Heeres im besetzten Gebiet zunächst zustehenden vollziehenden Gewalt. Der OB des Heeres delegierte diese seine Gewalt an die HeGr.- und Armee Oberbefehlshaber. Diese bedienten sich für diese Zwecke der schon erwähnten Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete bzw. Kommandeure der rückwärtigen Armeegebiets. Innerhalb des OKH stand dem OB des Heeres der Generalquartiermeister zur Steuerung der Militärverwaltung zur Verfügung. Entsprechend waren auch die Quartiermeisterstäbe bei den HeGr. und AOK's die bearbeitenden Stellen für die Militärverwaltung. Bei den Rückzügen im Osten schrumpfte dann die Tiefe des Operationsgebietes begreiflicherweise ein, da sich die Zivilverwaltung naturgemäß solange als möglich sträubte, Gebiete

aus ihrem Machtbereich abzugeben. Umgekehrt war es beim Vormarsch leichte, das Operationsgebiet tiefer zu halten, da es sich hier um Abgaben vom Operationsgebiet an die Zivilverwaltung handelte.

2. Wehrmachtbefehlshaber

Die Wehrmachtbefehlshaber waren in den schon erwähnten beiden Reichskommissariaten Ukraine und Ostland neben den Reichskommissaren tätig. Ihre Aufgaben ergeben sich aus der in den Nürnberger Akten wiedergegebenen Dienstanweisung. Ein Vergleich der Wehrmachtbefehlshaber mit den Militärbefehlshabern ist nicht angängig, da die Militärbefehlshaber Verwaltungstätigkeit ausübten, also die Funktionen des Reichskommissars zuzüglich der Funktion eines Wehrmachtbefehlshabers mit der eines stellvertretenden Wehrkreisbefehlshabers im Kriege. Hierzu ist, wenigstens für den Osten, zu sagen, daß die Reichskommissare eine größere Macht repräsentierten als die Wehrzahl der Gauleiter und Reichsstatthalter im Reich. Demgemäß war die faktische Macht der Wehrmachtbefehlshaber geringer als jene der Wehrkreisbefehlshaber. Der Wehrmachtbefehlshaber unterstand dem OKW und vertrat dem Reichskommissar gegenüber die militärischen Belange insbesondere auf dem Gebiet der Versorgung und der Wehrwirtschaft. Entsprechend den Rüstungsinspektionen im Heimatgebiet hatte auch der Wehrmachtbefehlshaber in seinem Gebiet Rüstungs-Inspektionen für die Durchführung der Aufträge des Ministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion. Die Rüstungsinspektoren (Speer) waren, grob gesagt, für die schwer- und rüstungsindustriellen Aufträge zuständig, während für die Ausrüstung die Auflagen durch Generalquartiermeister d.H. bez. den Befehlshaber des Ersatzheeres gemacht und durch die Wehrwirtschaftsdienststellen durchgeführt wurden.

3. Wehrkreisbefehlshaber

In Friedenszeiten unterstand der Kommandierende General und Befehlshaber in einem Wehrkreis:

- a) Operativ und in Ausbildungsangelegenheiten der zuständigen Heeresgruppe.
- b) In territorialen Angelegenheiten dem OKW. Als territoriale Angelegenheiten galten: Presse, Propaganda, Abwehr, Verbindung zu Partei und Staat.
- c) Für Bewaffnung, Ausrüstung und im Mobilmachungsangelegenheiten dem OKH. Das OKH/Allgemeines Heeresamt war für Ersatzwesen federführend auch für Luftwaffe und Marine.

Im Kriege unterstand der stellvertretende Kommandierende General und Befehlshaber im Wehrkreis:

- a) dem Befehlshaber des Ersatzheeres für Ausbildungs-, Ersatz-, Bewaffnungs- und Ausrüstungsfragen,
- b) der Berliner Staffel des OKW in territorialen Angelegenheiten (siehe oben, Ziff. b).

Da das Allgemeine Heeresamt im Ersatzwesen als OKW-Behörde fungierte (siehe oben, Ziff. c), kann man sagen, daß die Abteilungen Ia, Ib und Iib beim Wehrkreis durch OKW-Beauftragte gesteuert wurden.

4. SA und Reichswehr 1933/34

Wenn Herr Max Jüttner mitteilt, daß im Falle eines französischen Angriffs das linke Rheinufer von der Zivilbevölkerung geräumt werden sollte und am rechten Rheinufer ein Sicherungsschleier aus Polizei, verstärkt durch Männer aus der SA aufgestellt werden sollte, und daß weiterhin im Zusammenhang damit die SA bei der Reichswehr Waffen für diese Männer anforderte, so ist mir dies zwar persönlich nicht in Erinnerung, jedoch halte ich es für durchaus möglich, ebenso wie ich es für möglich halte, daß Blomberg und Reichenau hiervon keine Kenntnis hatten, sondern daß dies im OKH selbständig bearbeitet wurde. Schon in den Jahren 1931/32 waren eingehende Studien im Truppenamt bzw. beim Chef der Heeresleitung über die Frage einer Heeresvermehrung bzw. Aufrüstung betrieben worden. Milizsysteme aller Art waren in diesem Zusammenhang geprüft und angesichts unserer militärisch-politischen Lage als unbrauchbar abgelehnt worden. Man wehrte sich dagegen, auch nur den Grenzschutz der SA zu überlassen. Nur Reichenau wäre schon im Januar 1933 zu letztem bereit gewesen. Beck und Ob.d.H. hatten dafür keine Neigung. Beck stand zwar zunächst

75-152-7

der NS-Bewegung nicht ablehnend gegenüber, kam jedoch sehr rasch, spätestens im Winter 33/34 zu der Überzeugung, daß es mit dem Nationalsozialismus nicht gehen würde. Im Sommer 1933 hatte Reichenau auf gesellschaftlicher Basis ein Treffen in Godesberg zwischen Generalen und Generalstabsoffizieren d.H. und SA-Führern veranstaltet. Röhm versuchte die zwei inzwischen verstorbenen Offiziere Zöller und Streib, ferner Vogler (Schicksal unbekannt) aus dem Heere zur SA hinüberzuziehen. Grundsätzlich ist es nicht wahrscheinlich, daß sich größere und maßgebende Kreise der Heeresleitung in den Jahren 1933/34 zustimmend mit der SA erneut über die Milizfragen unterhalten haben. Wenn ich nun höre, daß Herr Max Jüttner über solche Verhandlungen berichtet, so möchte ich bemerken, daß ich Herrn Jüttner soweit kenne, um sicher zu sein, daß seine Angaben glaubwürdig sind. Aufgrund meiner Tätigkeit in der Organisationsabteilung zu jener Zeit, kann ich aber nur sagen, daß mir hiervon nichts bekannt wurde und daß ihm hier ein Irrtum unterlaufen muß. Es ist nicht vorstellbar, daß andere Beauftragte des General Beck damals mit der SA-Führung solche Gespräche führten. Beck hat übrigens nicht an eine ernste Putschabsicht der SA geglaubt. Am 28.2.1934 erschien Göring bei einer Veranstaltung im Reichswehrministerium erstmals in der Uniform eines Generals der Infanterie. Es wurde vermutet, daß er damit seinen Standpunkt für das Heer im Konflikt mit Röhm dokumentieren wollte. Bei den weiteren Verhandlungen Reichswehr - SA schaltete Blomberg Reichenau aus und beauftragte Beck und mich mit Graf Schulenburg, Jüttner und v. Krausser zu verhandeln. Im März - April fiel auch die Äußerung Röhm's, ich glaube im Berliner SA-Haus oder in Oberhof: "Der graue Bels muß in der braunen Flut untergehen."

5. Rheinland-Besetzung

Um Weihnachten 1935 suchte ich zusammen mit dem damaligen Chef der Operationsabteilung v. Manstein den Generaloberst Freiherrn von Fritsch auf dem Gut Achterberg bei Fallingb. auf. Damals unterrichtete uns Fritsch von den Plänen Hitlers zur Wiederbesetzung des Rheinlandes und gab seiner Sorge über die möglichen außerpolitischen Folgen dieses Schrittes Ausdruck.

Als Chef der Organisationsabteilung des OKH z.Zt. der Rheinlandbesetzung bin ich über die Vorgänge voll im Bild. Von vornherein stand fest, daß die Rheinland-Besetzung keine militärische Kraftprobe werden sollte oder auch nur werden durfte, Die Besetzung galt vielmehr ausschließlich als politische Angelegenheit. Die hierzu eingesetzten Truppen hatten nur symbolischen Charakter zu zeigen, daß wir nunmehr auch in der entmilitarisierten Zone die Herren im eigenen Hause geworden seien. Ich weiß gewiß, daß der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone von etwa 12 Bataillonen des Heeres durchgeführt wurde, von denen nur 3 auf das linke Rheinufer hinübergingen. Entsprechend war die Luftwaffe meines Erinnern mit wenigen Staffeln beteiligt. Umgekehrt ist es m.E. aber auch abwegig, die zugespitzte Formulierung zu gebrauchen, daß 12 Bataillone dem Locarno-Vertrag ein Ende bereiteten. Die militärische Führung konnte damals nicht im Traum daran denken, eine militärische Kraftprobe riskieren oder gar durchstehen zu können. Sie handelte im Vertrauen auf die Zusicherung der politischen Führung, daß dieser symbolische Akt ohne Gewaltanwendung vor sich gehen werde. Für den Fall, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollte und daß von französischer Seite militärische Gegenmaßnahmen ergriffen würden, war - und daran erinnere ich mich positiv - den über den Rhein gegangenen Truppen der Befehl erteilt worden, bei feindlicher Gegenwehr sofort auf das rechte Rheinufer zurückzugehen. Wenn in der ausländischen Presse fantastische Ziffern über die in das Rheinland einrückenden Truppen publiziert wurden, so trifft dies ebenso auf die Ziffern zu, die für die damalige Stärke der Reichswehr inzwischen angegeben werden. Anfang März 1936 war die Erklärung der Wehrfreiheit noch nicht ein Jahr alt. Wenn auch die tatsächliche Aufstellung neuer Verbände über die im Versailler Vertrag gestatteten 7 Divisionen hinaus schon 1933 beginnen hatte, so waren doch bis z.Zt. der Rheinlandbesetzung von den vorgesehenen 36 Divisionen kaum mehr als die Hälfte ihrer Truppen aufgestellt, wobei schon dies mehr als eine Verdreifachung des Versailler Bestandes bedeutete. Maßnahmen zur Verstärkung der Reichswehr aus der Polizei (sogenannte Landes-Polizei) sind dabei schon mitberücksichtigt. Es wurde daran gedacht, Sicherungseinheiten aus Polizei mit Hilfe von SA und NSKK aufzustellen, doch waren hierfür organisatorische Vorbereitungen in größerem Umfange nicht

getroffen. Die SS spielte damals zahlenmäßig noch keine größere Rolle. Es ist aber denkbar, daß auch die Polizei selbst für den Notfall an Verstärkungen aus der SA dachte.

6. Befehlszug Göring

Der Befehlszug des Ob.d.L. Göring, der unter dem Decknamen "Robinson" lief, ging bei Beginn des Polenfeldzuges in die Nähe von Oppeln und Mitte September zum Reichsjägerhof bei Trakehnen und dann im Oktober nach Berlin zurück. Am 12.5.1940 wurde er westlich von Koblenz in der Nähe eines Tunnels abgestellt, knapp 1 Stunde Autofahrt vom Führerhauptquartier Felsennest. Entsprechend der Vorverlegung des Führerhauptquartieres wurde Robinson dann gegen Anfang Juni in die Nähe von Dinant vorgezogen. Von Anfang September bis Oktober 1940 stand der Zug anlässlich der Schlacht um England bei Calais und Beauvais.

An das
Institut für Zeitgeschichte München, Reitmorstr. 29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Frhr. v. Siegler und erteile mein Einverständnis, daß das Institut von meinen Äußerungen, ggf. unter Namensnennung, Gebrauch macht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

München, den . 20. 10. 52 . . . *Otto Pätz* . . .
Unterschrift

PS. Ich weise daraufhin, daß das Tagebuch von Feldmarschall von Bock durch dessen Tochter auf Veranlassung eines verwandten Generalstb. Offiziers Generaloberst Halder übergeben wurde. Das Tagebuch befaßt sich, der ganzen Einstellung des Feldmarschalls entsprechend, ausschließlich mit militärischen und nicht mit politischen Nachrichten.

Kittel wurde ^{zum} Infanterie Führer III,
Potsdam am 1 April 1934
ernannt.

(aus "Deutsche Allgemeine Zeitung"
15.2.1938, 3. Seite,
Liebmann Aufzeichnungen,
Blatt 603)

R. J. O'Mail
1.9.65.

Institut für Völkergeschichte

35-152-11

30.6.1952

Herrn General d. Inf. a.D.
Otto St a p f
M ü n c h e n
Sternwartstr. 9

836/52 B6

reg. 2/7/52 G
NS

Sehr geehrter Herr General!

Anliegend erlaubt sich das Institut Ihnen zwei Niederschriften
der mit Dr. Frhr. v. Sieglor gehaltenen Unterredung mit der Bitte zu
übersenden, das eine Exemplar mit etwaigen Korrekturen und Ihrer
Unterschrift versehen zurücksenden zu wollen.
Im voraus besten Dank für Ihre Bemühungen.

Hochachtungsvoll!
I. A.

Bohm

00010

(Bohm) VA.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

STAPP
MÜNCHEN 27
Sternwartstr. 9

75-152-12

12. Sept. 52.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
656/52

Sehr geehrter Herr Dr. von Siegel!

Gemäß unserer heutigen Vereinbarung übersende
ich Ihnen die von mir geänderte Niederschrift.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Otto Stapp

General d. Inf. a. I.

Institut für Zeitgeschichte - ARCHIV

Dr. Freiherr v. Siegler
in

75-152-13
22. Sept. 1952

v. S. /Sch/1

Herrn
General d. Infanterie a.D.
Otto S t a p f

M ü n c h e n
Sternwartstr.9

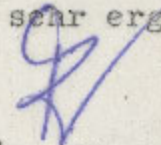
Sehr geehrter Herr General!

Herzlichen Dank für die übermittelte Unterschrift. -
Aus Schönheitsgründen geht Ihnen anliegend eine Reinschrift
zu mit der Bitte um Unterzeichnung.

Mit verbindlichsten Empfehlungen und Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Anlage


(v. Siegler)

00012

73-152-11
München, den 22. Juli 1952

Institut für Geschichte
Eingangs-Nr.: 1. Aug. 1952
Teil-Nr. 394
Buch

Institut für Zeitgeschichte München Archiv
1235/53

Sehr verehrter Herr Professor!

Anbei das Manuskript über meinen längst geplanten Besuch bei General Stapf. Ich werde jetzt, nachdem ich auch die militärische Seite gehört habe, den Abschlußbericht über meine Erkundungen in Angriff nehmen. Durch die zeitraubende Tätigkeit zur Erringung des täglichen Brotes verfüge ich seit längerer Zeit nicht mehr über den nötigen Spielraum, um mich den historischen Erkundungen hinzugeben. Doch werde ich alles daran setzen, um Ihnen den versprochenen Abschlußbericht alsbald zuzuleiten.

General Stapf machte mich gestern auch darauf aufmerksam, daß jetzt wohl das Buch von Werner Picht, Vom Wesen des Krieges - Kriegswesen der Deutschen, erschienen sein müsse. Er las mir einen Auszug daraus aus der österreichischen Zeitschrift "Wort und Wahrheit" Nr. 9 von 1951 vor. Ich halte das Werk für sehr wesentlich und glaube, daß sich das Institut dieses erwerben ^{sollte}, so es nicht schon vorrätig ist.

Für das mit Ihnen abgesprochene Colloquium konnte ich bisher keinen Interessenten gewinnen. Vielleicht ist auch die Jahreszeit daran schuld. Es fiel mir aber auf, daß in den Kreisen, die mir bisher als Quellen dienten, eine merkliche Zurückhaltung bei der Befragung eingetreten ist.

Bis zu meinem nächsten Vorsprechen empfehle ich mich Ihnen, sehr verehrter Herr Professor, als

Ihr sehr ergebener

Max Weber

Dr. Max Weber
München 19
Schäringers Platz 13
Tel. 62183

00013

Betr.: Röhm-Putsch 1934
(Nachtrag)

General a.D. Stapf, München, Sternwartstraße 9, macht zu der Frage, in welcher Weise sich die Reichswehr zu den Ambitionen Röhm's, die SA mit militärischen Aufgaben zu betrauen, stellt, die folgenden Angaben:

1932 wurden sämtlichen Verbänden aller politischen Richtungen, insbesondere den Wehrverbänden, die ihnen bis dahin noch verbliebenen Waffen abgenommen. ~~Waffen~~ Dem späteren Verlangen auf Wiederausgabe der Waffen zur Zeit, da General v. Reichenau Chef des Ministeramtes geworden war, widersetzte sich vornehmlich General Keitel, der dazumal noch keineswegs der SA oder NSDAP freundlich gesinnt war.

Bei einem von Reichenau veranstalteten Treffen mit der SA-Führung in Godesberg im Juni oder Juli 1933, an dem vonseiten der Reichswehr auch der Chef des Generalstabes, Generaloberst Beck, und der damalige Oberstleutnant ^{i.G.} Stapf, sowie sämtliche führenden Militärs bis zum Kommandierenden General und selbstverständlich die obersten SA-Führer teilnahmen, wurde versucht, Reichswehr und SA einander nahe zu bringen. Hitler hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede über die ns. Bewegung und Röhm über die SA. Der Erfolg dieser Veranstaltung war nicht so, wie man ihn erwartet hatte.

Im Winter 1933 versuchte sich die SA insoferne in den Aufgabenkreis der Reichswehr einzuschalten, indem sie als eine Art Miliz nach Schweizer Vorbild mit den Aufgaben des Grenzschatzes betraut werden wollte. Der Generalstab des Heeres mit Generaloberst Beck an der Spitze war dagegen. Blomberg, der das Ministeramt leitete, verhielt sich diesen Absichten gegenüber ziemlich wachswweich, als diese bei den Winter-Heeresmeisterschaften in den Berchtesgadener Bergen erneut ventiliert wurde.

Trotzdem inzwischen v. Fritsch ~~als~~ Nachfolger des Generals von Hammerstein-Equord das Oberkommando des Heeres übernommen hatte, beauftragte Blomberg an der Spitze des Ministeramtes Generaloberst Beck und Stapf, der damals als stellv. Chef der Abteilung II des Generalstabes fungierte, - als Organisationsabteilung war sie zuständig für Mobilmachung und Heeresaufbau, wozu auch der Grenzschutz gehörte - mit den Beauftragten der SA über ihre eventuelle Betätigung im Bereich der Reichswehr zu verhandeln.

Diese Beauftragten waren der Chef der Organisationsabteilung der Obersten SA-Führung, Obergruppenführer Krauser, ferner Max Jüttner und als Sturmbannführer Graf Schulenburg, im Kriege Chef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Wie Blomberg bei seiner Auftragserteilung mitteilte, wollte Hitler die Mitwirkung der SA nicht so weitgehend erfüllt haben, wie sie von Röhm und seinen Beauftragten angestrebt wurde. Röhm verlangte, daß die SA selbständig die Aufgaben des Grenzschutzes übernehme, was von Beck, der ursprünglich Hitler und der NSDAP neutral gegenüber gestanden habe, abgelehnt wurde mit der Begründung, daß der Grenzschutz Sache der Mobilmachung sei und deshalb in einer Hand mit dieser, nämlich in der Hand des Generalstabes bleiben müsse. Zugestanden wurde der SA die Uebernahme der Aufgaben zur vormilitärischen Ausbildung. Fritsch teilte diese Abmachung Hitler mit, der damit einverstanden war.

Im Februar 1934 fand im Reichswehrministerium eine große Zusammenkunft aller obersten Führer der Reichswehr und der SA statt, zu der Göring, der auf Seiten der Reichswehr stand, ostentativ in der Uniform eines Generals der Infanterie, zu dem er von Hitler ernannt worden war. Auch Röhm war anwesend. Hitler hielt eine große, kriegsgeschichtlich fundierte Rede über Wert und Unwert militärischer Improvisation, die auch bei den Militärs Eindruck machte und in deren Verlauf er die SA ~~xxxx~~^{aus}drücklich als politische Organisation festlegte, während er die Reichswehr als die alleinige Waffenträgerin

des deutschen Volkes bezeichnete.

Dienst

Aufgrund dieser Entscheidung Hitlers wurde in den ~~Amtsräumen~~ des Generals Stapf ein Protokoll abgefasst, in dem klar ausgesprochen wurde, daß die SA als politische Organisation keine militärischen Funktionen ausüben sollte - außer der vorher schon zugestandenen vormilitärischen Ausbildung. Dieses Protokoll wurde von Blomberg und Fritsch einerseits, von Röhm andererseits unterzeichnet.

vor Dr. Roth
Kritiken
f.

April oder Mai 1934 kam der ehemalige Major der Reichswehr, SA-Übergruppenführer Hoffmann alias Trotzki zu Stapf, der sich wegen der neuen Wehrkreiseinteilung in München aufhielt, und teilte ihm mit, daß Röhm mit der protokollarischen Festlegung nicht einverstanden sei. Dabei wiederholte Hoffmann den Ausspruch Röhm's: "Der graue Fels muß in den braunen Fluten untergehen". Röhm verfolgte sein Ziel, die SA zur Miliz mit militärischen Befugnissen auszubauen, nach wie vor weiter. Daß Röhm sein Ziel über einen Putsch zu erreichen versuchte, ist Stapf nicht bekannt.

Stapf wurde am 28. Juni als Führer der neu motorisierten Aufklärungsabteilung 7 nach München versetzt. Schon am Tage nach seinem Eintreffen, am 29. Juni 1934, wurde die Reichswehr in München alarmiert. Die Offiziere hatten sich in den Kasernen aufzuhalten, da - insbesondere den älteren von ihnen - angedroht war, sie sollten von der SA „umgelegt“ werden. Woher die Parolen kamen, weiß Stapf nicht mehr anzugeben. Jedenfalls wurde bei sämtlichen Truppenteilen in München für die "Nacht der langen Messer" scharfe Munition ausgegeben. Worum es eigentlich ging und ob vonseiten der SA ein Putsch geplant war, war auch den höheren Reichswehroffizieren nicht bekannt. Die Hetze gegen die älteren Offiziere war ~~schon~~ schon seit langem im Gange. Sie sollten beseitigt werden, während man die jüngeren Offiziere durch Versprechungen für die Ziele der SA zu gewinnen suchte.

Auch General Stapf ist bekannt, daß ~~der~~ ^{bei} ursprünglich ^{und in der} geplanten Übernahme von SA-Führern in den Grenzschutz diese ihre militärische Qualifikation nachweisen mußten. Nach der Besprechung im Februar in Berlin sei es immer offenkundiger geworden, daß Himmler nicht mehr hinter Röhm gestanden habe.

O t t o S t a p f
General d. Inf. a. D.
M ü n c h e n 27
Sternwartstrasse 9

75-152-18
München, den 10. April 56

Tel. 48 30 39

Herrn

Professor Dr. W. Baum
W i l h e l m s h a v e n
Bismarckstrasse Nr. 118

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4071/68	Best. Zs 152
Rep. -	Kat.

Sehr geehrter Herr Professor !

Zu meinem aufrichtigen Bedauern muss ich Ihnen auf Ihre geehrte Zuschrift vom 5.4. mitteilen, dass ich Ihnen die gewünschten Aufschlüsse nicht geben kann.

Die Beratung und Beschlussfassung über das 1. Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.35 habe ich nicht miterlebt, da ich vom Juni 34 bis Okt. 35 nicht im O.K.H., sondern bei der Truppe Dienst getan habe.

Die Änderungen bzw. die Einschränkung auf das Operationsgebiet im 2. R.V.Gesetz vom 4.9.38 wurden vom O.K.W. federführend bearbeitet, vom Generalstab des Heeres war daran der Chef der 6. Abteilung, der spätere Generalquartiermeister, General Ed. Wagner, + 23.7.44 beteiligt. Da meine Organisationsabteilung nur am Rande beteiligt war, kann ich über den Verlauf der Verhandlungen nichts aussagen.

Vielleicht wäre dazu Generalmajor a.D. Alfred Toppe, Karlsruhe (Baden), Postfach 880, der Nachfolger Wagners, der der 6. Abt. schon im Frieden angehörte, in der Lage.

In freundlicher Erwiderung Ihrer lebenswürdigen Wünsche und Grüsse bin ich

mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Stapf

Otto S t a p f
General d. Inf. a. D.

75-152-19
München 27, den 31. Jan. 58
Sternwartstrasse 9/II
Tel. 48 30 39

Herrn
Dr. H. A. J a c o b s e n
KOBLENZ - PFAFFENDORF
Wohnsiedlung 41/I

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 4664/71	Best.
Rep.	Kat.

Sehr geehrter Herr Dr. Jacobsen !

Auf Ihre Anfrage vom 27. Januar muss ich Ihnen leider mitteilen, dass mir keine Notizen oder sonstige Unterlagen aus meiner Tätigkeit als Verbindungsoffizier des OKH beim Ob.d.L. zur Verfügung stehen. Ich kann aber aus dem Gedächtnis die Aussagen des General SCHMIDT (ehem. Ic des OKL) bestätigen und dahin ergänzen, dass der Haltbefehl entgegen der Stellungnahme des OKH erfolgt ist.

Wann die entscheidende Besprechung zwischen Hitler und Göring im Führerhauptquartier erfolgt ist, kann ich nicht mehr feststellen, möchte aber auf Grund meiner Erfahrungen in dieser Stellung annehmen, dass sie bestimmt vor dem 24.5.40 stattgefunden hat. Vielleicht könnte Ihnen darüber General d. Flieger BODENSCHATZ Auskunft geben, der als Verbindungsmann Görings im Führerhauptquartier an allen dortigen Besprechungen teilgenommen hat. Die Adresse Bodenschatz ist Erlangen, Döderleinstrasse Nr. 2.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

Stapf